

Linksblick

DIE LINKE ZEITUNG VOM KREISVERBAND FÜR TELTOW-FLÄMING

www.dielinke-tf.de

26. Jahrgang · 276. Ausgabe · Juni/Juli 2022

»Alles neu macht der Mai« – endlich wieder Leute treffen ab Seite 4

Wir in den Parlamenten vor Ort
Beilage »Einblicke«

Wir machen das! DIE LINKE. Brandenburg auf neuen Wegen ...

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2021 war für DIE LINKE in Brandenburg ein herber Schlag. Nur noch zwei statt vorher vier Abgeordnete vertreten linke Politik in Berlin. Zu den Ursachen für dieses Wahlergebnis wurden viele Diskussionen geführt, viele Positionen geäußert. Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion wollten sich aber nicht auf Mutmaßungen verlassen. In sich ergänzenden Studien, die von Partei und Fraktion parallel in Auftrag gegeben wurden, sollten zum einen Gründe für eine Nicht-(mehr)wahl der LINKEN und Erwartungen an uns ermittelt werden. Zum anderen wollten wir die tatsächlich drängendsten Themen und Probleme der Brandenburger*innen identifizieren, erkennen, wo der Schuh am meisten drückt und wo die wichtigsten Ansatzpunkte für LINKE Politik sind. Die Studie hat sehr geholfen herauszufinden, welche Ängste, welche Sorgen, aber auch welche Hoffnungen die Brandenburger*innen mit Blick auf die weitere Entwicklung des Landes haben. Und die alarmierende Erkenntnis lautet: auch in unserem eigenen Wähler*innenpotenzial wird uns immer weniger Lösungskompetenz und Durchsetzungsfähigkeit zugetraut. Noch immer allerdings wird DIE LINKE mit ihrem Markenkern – soziale Gerechtigkeit – verbunden. Darauf müssen wir uns konzentrieren!

Landesvorstand und Landtagsfraktion haben ein zentrales gemeinsames Ziel: bis zur Landtags- und Kommunalwahl 2024 muss DIE LINKE ihren Gebrauchswert wieder nachweisen – im Land, aber auch vor Ort. Viel Zeit dafür bleibt nicht. Mit zehn Punkten, zehn zentralen Aufgaben die Landesvorstand und Landtagsfraktion gemeinsam beschlossen haben, wollen wir deshalb zügig die Grundlage legen für einen erfolgreichen Wahlzyklus 2024. Nicht alle zehn Punkte kann ich hier erläutern. Aber ihr könnt mich gerne in eure Ortsverbände

und Basisorganisationen einladen, damit wir Aufgaben und Möglichkeiten der Brandenburger LINKEN gemeinsam diskutieren können. Die Kommunalwahlen 2024 sind der Schlüssel zum Erfolg. Ihre Vorbereitung werden wir deshalb in den Fokus unserer Arbeit rücken. Wenn wir als LINKE wieder stärker werden wollen, dann geht das nur über die Verankerung auf der kommunalen Ebene. Das wollen wir langfristig vorbereiten: mit einem Kandidat*innengewinnungsprogramm, das bereits in diesem Jahr starten soll, mit der Entwicklung kommunalpolitischer Leitlinien und einem Parteitag mit dem Schwerpunkt Kommunalpolitik im kommenden Frühjahr. Thematisch werden wir uns klar konzentrieren: Nicht erst durch den Ukrainekrieg, aber durch ihn noch einmal erheblich verstärkt, sind die Kosten des täglichen Lebens – Miete, Strom und Heizung, Lebensmittel und Benzin – im Moment für sehr viele Menschen das drängendste Problem. Darauf beziehen sich auch die größten Ängste, wie unsere Studie zeigt. »Leben muss bezahlbar sein« wird deshalb der inhaltliche Schwerpunkt unserer politischen Arbeit, u. a. auch mit der Sommertour, die wir gemeinsam im Juli starten werden.

Damit das gelingt, müssen wir Aktionsfähigkeit gewinnen. Dazu werden wir die Arbeitsverteilung zwischen den Kreisen und dem Landesverband auf den Prüfstand stellen, einen Aktionsrat einrichten, der auch kurzfristig Kampagnen und politische Aktion initiieren und Hilfestellung vor Ort geben kann. Kurz: wir müssen alles tun, um unsere öffentliche Wahrnehmbarkeit wieder zu stärken.

Wir müssen wieder mehr werden und wir müssen mehr Mitglieder für die aktive Arbeit begeistern. Das setzt vor allem voraus, dass wir selbst überzeugt sind, das Richtige zu tun – und das dann auch ausstrahlen. Dabei haben wir nicht nur die Jungen im Blick, die Erfahrungen unserer Senior*innen sind ebenso unverzichtbar!

Wieder gewinnen kann DIE LINKE nur gemeinsam! Streiten wir mit- und nicht gegeneinander! Dazu kann jede*r beitragen, an seiner*m Platz. Und darum bitte ich Euch herzlich. Bringt Euch ein, diskutiert mit, entscheidet mit, kämpft mit. Damit es 2024 an möglichst vielen Orten heißt: Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!

Katharina Slanina,
Vorsitzende des Landesverbandes Brandenburg



Olar Krostitz



Jan-Peter Schulz

Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

die letzte Zeit war hart für DIE LINKE: Bundestagswahl, Sexismus, Rücktritt der Co-Vorsitzenden, die Ergebnisse im Saarland, Schleswig-Holstein und NRW. Wird DIE LINKE nicht mehr gebraucht? Doch! Krieg in Europa, falsche Schwerpunktsetzung der aktuellen Regierung bei Investitionen, steigende Lebenshaltungskosten, Ungerechtigkeit. Es sind goldene Zeiten für linke Alternativen. Allein, wir haben andere Probleme (geschaffen). Wenn diese Zeilen gedruckt vorliegen, steht unser Parteitag in Erfurt unmittelbar bevor. Ich hoffe auf weise (Wahl-)Entscheidungen. Dabei geht es mir nicht vordergründig um Personen/neue Köpfe. Da halte ich es sehr mit der *Internationalen*: »Es rettet uns kein höheres Wesen [...], uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!« Es muss nun endlich mit einer Stimme nach außen gesprochen werden, die Linie der LINKEN für die Menschen wieder erkennbar werden. Weniger *Ich* von Einzelnen, mehr *Wir* von der LINKEN. Schließen wir die Reihen, wenden wir uns wieder den Menschen da draußen und ihren Problemen zu!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming

Jesco Denzel
BUNDESTAG UND KOMMUNE

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Kinderschutz und Privatsphäreschutz sind vereinbar!

Der Schutz der Privatsphäre klingt für viele Menschen sehr abstrakt, aber tatsächlich ist er eine Voraussetzung für ein Leben in Freiheit, denn wer überwacht wird, ist nicht frei. Fragt man Freund*innen, Arbeitskolleg*innen oder Verwandte, ob sie es okay fänden, wenn der Ortspolizist dauerhaft einen Schlüssel zu ihrer Wohnung hätte und damit öfter mal unangemeldet diese Wohnung betritt, auch wenn man gar nicht zuhause ist, nur um nachzusehen, ob man auch wirklich keine Leiche im Keller hat, würde

wohl jeder antworten, dass diese Idee abstoßend sei. Auch die Vorstellung, eine Amtsperson könnte (wie früher die Staatssicherheit) nach Gutdünken mal eben private Briefe in einem Hinterstübchen der Post öffnen, nur um nachzulesen, ob auch nirgendwo von geplanten Straftaten die Rede ist, dürfte jedem Durchschnittsmenschen als unvereinbar mit unserer Verfassung einleuchten.

Aber immer dann, wenn es um die Wahrung unserer Privatsphäre im digitalen Raum geht, fällt es vielen Menschen – Politiker*innen aber auch unseren Freund*innen, Arbeitskolleg*innen und Verwandten – viel schwerer zu verstehen, wo die Privatsphäre unverhältnismäßig verletzt wird. Sie sagen dann: »wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten«. Aber trotzdem fänden sie es nicht okay, wenn der Ortspolizist den Karton mit den Liebesbriefen unter ihrem Bett hervorzieht und darin herumliest – auch wenn dabei keine Leiche im Keller erwähnt wird und sie daher »nichts zu befürchten« hätten.

Leider haben Regierungen und Konzerne ein Interesse daran, möglichst viel über die Menschen zu wissen, aus falsch verstandenen Sicherheitsinteressen, Profitgier oder aus Kontroll- und Machtbedürfnissen.

Immer wieder müssen Grundrechtsaktivist*innen auf die Barrikaden gehen, um derartige Auswüchse zu bekämpfen und zu verhindern. Aktuell kämpfen wir gegen einen geplanten Grundrechtseingriff der Europäischen Kommission, die eine sogenannte »Chatkontrolle« einführen will. Dahinter verbirgt sich die anlasslose Überwachung jeglicher Kommunikation über Messenger (wie z. B. Whatsapp, Signal oder Telegram), mit dem Ziel, alle Nachrichten durch elektronische Filter zu durchsuchen, um mögliche Darstellungen sexualisierter Gewalt an Kindern aufzudecken. Das klingt zwar ehrenwert, ist aber eine ganz schlechte Idee. Dazu muss nämlich die Verschlüsselung der Nachrichten rückgängig gemacht werden und damit werden alle Nachrichten potenziell lesbar für Dritte. Jede noch so private Kommunikation, jeder Streit, jede Liebeserklärung, jedes peinliche Foto ist nicht mehr geschützt.

Und wenn jemand in der Familien-Whatsapp-Gruppe ein Foto vom planschenden Dreijährigen postet, kann das Bild des Nackedeis schnell mal als Verdachtsfall bei der Polizei landen – was die intimste Privatsphäre von Kindern verletzt und wobei Unschuldige schlimmster Straftaten verdächtigt werden. Den tatsäch-

lichen Opfern sexualisierter Gewalt hilft man mit der Chatkontrolle nicht einmal, dazu braucht es z. B. besser ausgestattete Jugendsozialarbeit, mehr Aufklärung von Eltern, Betreuer*innen und Kindern, besser qualifizierte und ausgestattete Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, die seit Jahren völlig überlastet sind mit der Verfolgung bereits vorliegender Verdachtsfälle. Es braucht mehr Opferhilfe und psychosoziale Betreuung, es braucht mehr ernsthaften Kinderschutz schon im analogen Leben. Mit Überwachung jeglicher Handy-Chats verletzt man ein elementares Grundrecht, ohne Kinder besser zu schützen. Deshalb setze ich mich auf Bundesebene und unsere Abgeordneten in Brüssel dafür ein, dass diese Regelung verhindert wird und Kinder auf besser geeignete Weise geschützt werden.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-73107
Telefax: 030 227-76107
E-Mail: anke.domscheit-
berg@bundestag.de

VON ISABELLE VANDRÉ

Arm durchs Studieren

Studierende in Deutschland sind massiv von Armut betroffen. Das Ausmaß ist erschreckend: In Deutschland waren rund 30 Prozent der Studierenden im Jahr 2020 von Armut betroffen, während die Armutsquote der Gesamtbevölkerung bei 16,8 Prozent lag. Bei Studierenden, die alleine leben, also weder mit den Eltern oder eine*m Partner*in, liegt die Armutsquote sogar bei 79,2 Prozent, wobei 40 Prozent von ihnen »ein Einkommen unterhalb der durchschnittlichen Bedarfsschwelle aufweisen und mithin unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums leben«. Das geht aus Zahlen der Forschungsstelle des Paritätischen hervor. Die Studie wurde Mitte Mai unter dem Titel »Armut von Studierenden in Deutschland. Aktuelle empirische Befunde zu einer bedarfsorientierten Reform der Berufsausbildung in Deutschland« veröffentlicht. Auch

die wenigen, die Anrecht auf Bafög haben, sind vor Armut nicht geschützt: Rund die Hälfte der Bafög-Beziehenden sind von Armut betroffen. Der Bafög-Höchstsatz reichte 2019 dabei nur mit dem Zuverdienst von 413 Euro monatlich, um über die Armutsschwelle zu kommen. Vor dem Hintergrund, dass Bafög-Beziehende seltener finanzielle Rücklagen oder Unterstützung aus dem Elternhaus bekommen, werden zwei Punkte deutlich: Zum einen deckt das Bafög den Bedarf der Beziehenden nicht ab und wird einer würdigen Ausbildungsförderung nicht gerecht. Zum anderen versetzt es die Studierenden in eine Situation der finanziellen Unsicherheit.

All diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2019. Das heißt, dass die Folgen der Corona-Pandemie noch gar nicht abgebildet sind. Die Bedingungen für Studierende haben sich in dieser Zeit deutlich verschärft. Typische Nebenjobs wie zum Beispiel in der Gastronomie sind weggefallen. Zudem hat eine

primat
LANDTAG UND KOMMUNE

meiner kleinen Anfragen an die Landesregierung aus dem April 2021 ergeben, dass Studierende in der Corona-Pandemie allgemeine Erschöpfung aufzeigen. Auch durch die massiven Preisanstiege bei Lebens- und Nahrungsmitteln dürfte die Gefahr für Studierende in Armut zu rutschen seit der Befragung noch einmal deutlich angestiegen sein. Die Regelsatzanpassungen der letzten Jahre kompensieren nicht

einmal die aktuellen Preisanstiege. Vor dem Hintergrund explodierender Mietpreise und Lebenshaltungskosten braucht es ein Bafög, das sich regelmäßig automatisch an diese Preisentwicklung angleicht. Es muss elternunabhängig und bedarfsgerecht sein und wieder zu einem nicht zurückzahlenden Vollzuschuss werden. Denn nur so kann sich an eine Chancengleichheit in der Bildung angenähert werden, sei es in der Ausbildung oder im Studium.

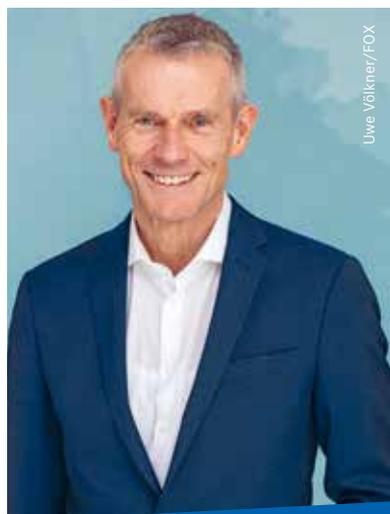
Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Telefon: 0331 966-1533
E-Mail: isabelle.vandre@
linksfraktion-brandenburg.
de
Facebook: facebook.com/
isabelle.vandre

VON HELMUT SCHOLZ

**Bilanz und Ausblick –
Halbzeit im Parlament****Teil 2 von 3**

Die EU wird zunehmend als Verteidigungsunion gesehen, sie solle als globaler Akteur auftreten. Hier stehen wir als LINKE doch als klare Alternative! Das gehört in den Fokus zur Wahl 2024! Sollte die EU nicht als friedenspolitischer Akteur in der Welt auftreten, da die UN zunehmend gelähmt erscheint? Was ist mit der Idee einer KSZE 2.0? Sollte nicht gerade der Friedensnobelpreisträger EU dafür Ideengeber und Organisator sein? Und zwar mit der eindeutigen Betonung: Sicherheit im 21. Jahrhundert ist mehr als militärische Struktur. Es sind wirtschaftliche, umweltpolitische und soziale Verflechtungen, die ein friedliches Miteinander verlangen. Die vom russischen Präsidenten mit Unterstützung der Duma gestartete Aggression gegen die Ukraine – wie immer die Vorgeschichte dieses neuen Krieges auf europäischem Boden gelaufen ist, hat gerade diese Alternative so überaus schwierig zu denken und erst recht zu organisieren werden lassen. Neben all dem menschlichen Leid, den Kriegsverbrechen auf ukrainischem Boden, den weltweiten Auswirkungen des begonnenen Wirtschaftskrieges, ist



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

perspektivisch vielleicht am bedrohlichsten am Ukraine-Krieg die ideale Rückkehr zu Krieg, militärischer Gewalt und brutaler Durchsetzung nationaler Eigeninteressen. Kostet es was es wolle. Umso mehr bleibe ich überzeugt: Es gibt keine konstruktive und vernünftige Alternative zum politischen Dialog – denn der Klimawandel schreitet voran und betrifft uns ebenso wie die Menschen in anderen Regionen der Erde, inklusive des vom Auftauen bedrohten Permafrostboden im Hohen Norden der Russischen Föderation, Europas und Nordamerikas. Der Krieg muss beendet werden. Sofort. Aber wer sind die möglichen Akteur*innen

für das Führen des Dialogs? Ja, die langfristige Rolle der EU als eigenständiger Akteur in Weltpolitik und Weltwirtschaft ist zu bestimmen. Eine zentrale Frage, auf die wir in den gesellschaftlichen Diskussionen Antworten geben müssen. Das ist vorzubereiten.

Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP in Deutschland zielt klar auf einen europäischen Föderalstaat – wie positionieren wir uns als LINKE dazu? Die Partei formuliert antipodisch ihre europapolitische Haltung bislang zwischen einer zu schaffenden Republik Europa einerseits und der Absage an das europäische Integrationsprojekt andererseits. Hier brauchen wir eindeutige Antworten, diese Bandbreite nimmt uns niemand ab und ist letztlich beliebig. Deshalb meine ich, wir sollten unsere Positionsbestimmung im Dialog mit Bürger*innen und in der Gesellschaft vornehmen. Nicht im stillen Kämmerlein, sondern aktiv, öffentlich und transparent im bewussten Aufgreifen der Alltagsprobleme der Menschen hierzulande und in anderen EU-Mitgliedsstaaten. Wir müssen uns in der Gesellschaft und in Bewegungen öffnen und mit diesen und uns bei diesen einbringen – diese warten nicht auf uns! Wir müssen zu ihnen! Denn nur so kommen wir in die Debatten, nur so werden wir wahrgenommen – und wählbar.

Auch aktuell zeigt sich der Gebrauchswert der LINKEN durch unser aller Engagement. So Viele engagieren sich aktiv in der Hilfe und Unterstützung für Geflüchtete, helfen vor Ort. Wir müssen die Wichtigkeit der Menschlichkeit betonen: im Kleinen, in den Kommunen machen wir dies durch unser Tun selbstverständlich. Im Großen müssen wir das noch besser verkörpern und genau damit in die Öffentlichkeit kommen. Und genau genommen haben wir zur EP-Wahl 2024 und auch zur Bundestagswahl 2025 als linke Kraft eine gute Ausgangslage: SPD und Grüne als Mitbewerber im linken Lager sind durch ihren Koalitionspartner FDP gebremst und müssen viele Kröten schlucken. Präsentieren wir uns als wählbare linke Alternative. Als echte linke Kraft, die einen Beitrag, eine Garantie dazu leisten kann, dass es in diesem Land und in der EU wirklich sozial gerechter zugehen kann. Und nicht nur sozial angestrichen.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-71889

Telefax: 030 227-76819

E-Mail: wk@helmutscholz.eu

Newsletter:

kurzelinks.de/khio**Jugendliche für Kommunalpolitik begeistern**

Am 14. Mai 2022 waren wir in Baruth/Mark und sind mit jungen Menschen ins Gespräch gekommen. Unter anderem wurden bessere Bahnverbindungen gewünscht. Im städtischen Park muss vieles verbessert werden, z. B. sollte der Rasen des Öfteren gemäht werden, es sollte einen Grillplatz geben und ganz wichtig mehr Bänke und Müllimer im Park. Es wurde gefragt, was mit dem Schloss passiert und

es wurden mehr Freizeitangebote für junge Menschen gewünscht.

Es ist wichtig, die Interessen junger Menschen in allen Kommunen zu vertreten. Wir werden die Themen an unsere Stadtverordneten vor Ort weitergeben und mit ihnen gemeinsam für attraktivere Städte und Gemeinden kämpfen. Es ist unsere Aufgabe, als Jugend der Partei, mit unseren Kommunalvertreter*innen, daran zu arbeiten, dass junge Menschen uns auch langfristig in der Region erhalten bleiben und nicht wegziehen. Wir werden weitere Jugendkampagnen in anderen Gemeinden und Städten starten. Dadurch erhoffen wir uns auch, dass wir mehr Jugendliche für Kommunalpolitik begeistern können.

Vielen Dank an alle Helfer*innen, die vor Ort waren!

Tom Siedenberg und
Kim Ullmann, Jüterbog

**Kontakt:**

Interessierte können zu uns per E-Mail Kontakt aufnehmen über:
teltow-flaeming@ljsbb.de

1. Mai in Jüterbog – Kundgebung von SPD und LINKE

Das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes heißt in diesem Jahr »geMAInsam Zukunft gestalten«. Dieses Motto gilt auch für uns! Wir erleben so viele Ungerechtigkeiten und wir müssen gemeinsam für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmer*innen kämpfen! Gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen Beschäftigten können wir eine soziale, ökologische und demokratische Wende vollziehen!

Nach wie vor beschäftigt uns das Lohngefälle zwischen West und Ost. In Textilfirmen verdienen die Menschen im Osten im Schnitt 70 Prozent weniger als im Westen. Auch im Maschinenbau ist die Kluft sehr groß (40,4 Prozent), bei der Herstellung von IT-Gütern (39,8 Prozent) und in der Schifffahrt (38,9 Prozent). Wir akzeptieren nicht, dass nach 33

Jahren der Wiedervereinigung, nach wie vor Lohnunterschiede von bis zu 70 Prozent herrschen. Im Schnitt verdienen Frauen 17 Prozent weniger als Männer.

Frauen kommen seltener in Führungspositionen, in Vorständen der Top 200 Unternehmen in Deutschland liegt der Frauenanteil bei 11,5 Prozent, insgesamt liegt er in Führungspositionen in Deutschland bei 29,5 Prozent. Es sind viel mehr Frauen in Teilzeit. Die Rente von Frauen ist im Schnitt ungefähr nur halb so hoch, wie die Rente der Männer. Wir werden erleben, dass die Kluft zwischen arm und reich auch in diesem Jahr weiter drastisch auseinandergehen wird. Es ist zwingend notwendig, dass die Steuern für Gering- und Normalverdienende deutlich gesenkt werden.

Endlich sollten wir auch anfangen, Vermögen ordentlich zu besteuern. Vermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt: 45 Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Wenn die Vermögensteuer wieder eingeführt würde, könnten bundesweit Schulen, Kitas, Krankenhäuser und sozialer Wohnungsbau besser finanziert werden. Eine solidarische Spritpreiskontrolle ist ebenso notwendig und der ÖPNV muss kostenfrei

sein und gerade im ländlichen Raum deutlich ausgebaut werden.

Ein weiteres Problem, welches wir sehen, sind die Kitaplätze. Viele Eltern stehen jetzt vor dem Problem, dass sie sich zwischen der Arbeit und der Familie entscheiden müssen. Wir werden weiter für Gerechtigkeit und familienfreundliche Arbeit kämpfen!

Auszug aus der Rede von **Tom Siedenberg**, stellvertretender Kreisvorsitzender



31. Familienfest der LINKEN Teltow-Fläming

Am Tag der Arbeit, dem 1. Mai, konnten wir endlich wieder unser traditionelles Familienfest in Luckenwalde auf dem Boulevard feiern – zum 31. Mal! Mit dabei waren u. a. die IG Metall und die Volkssolidarität.

Eröffnet wurde das Fest von Felix Thier, dem Vorsitzenden unseres Kreisverbandes. Er zog eine Bilanz des Kreisverbandes und der Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming.

Begrüßen konnten wir Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE), den Europaabgeordneten Helmut Scholz, Landtagsmitglied Isabelle Vandré und unsere LINKEN-Landesvorsitzende, Katharina Slanina.

Sie machten in ihren Reden deutlich, dass Krieg kein Mittel ist, um Konflikte zu lösen. Geflüchtete sind in Deutschland willkommen, aber sie wären gern in ihrer Heimat geblieben.

Sie brauchen Hilfe, deshalb darf Geld nicht für Aufrüstung fließen, sondern der Krieg muss sofort beendet werden. Reden kann man nur am Verhandlungstisch! Es wurde auch gefordert, dass Feiertage, die auf einen Sonntag fallen, am darauffolgenden Montag nachgeholt werden sollen!

Der Festplatz war gut besucht, ständig kamen und gingen Leute. Schätzungen gehen von ca. 700 Besucher*innen aus. Vertreten waren alle Altersgruppen. Die Jüngsten vergnügten sich auf der Hüpfburg und bei der Spieleshow. Die Erwachsenen ließen es sich bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen gut gehen. Abgerundet wurde das Ganze durch ein buntes Bühnenprogramm.

Mit unserer Tombola konnten wir einen neuen Rekord aufstellen: Um 14 Uhr begann der Losverkauf,

um 14.50 Uhr waren bereits alle 600 (!) Lose verkauft. Und ebenso wie beim Kuchen blieb bei den Tombola-Gewinnen nichts zurück, alle Preise wurden dankend abgeholt. Abschließend zu sagen ist noch: Danke an alle unsere Gäste und an unsere musikalischen Stimmungsmacher von Trommelfieber, Tastenfeuer und Phönix! Schön, dass Sie dabei waren! Und versprochen: Die 32. Auflage des Familienfestes der LINKEN kommt bestimmt!

Felix Thier, Vorsitzender des Kreisverbandes



Polit-Frühshoppen 1. Mai 2022 in Ludwigsfelde

Immer noch Internationaler Kampf- und Feiertag

Dieses Treffen war wirklich von allen 32 Anwesenden ersehnt, nach langer Zeit trafen sich LINKE und Sympathisierende zum traditionellen Politfrühshoppen in der Geschäftsstelle Ludwigsfelde. Dass es ein Kampftag war, machte unser Genosse Silvio Pape allen nochmals bewusst, als er auf die aktuelle politische Situation einging. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind auch in unserem Land zu spüren, leider nicht für alle gleich. Viele Menschen sind von der Pandemie angeschlagen und die Lage in unserer Partei geht ebenfalls vielen »an die Nieren«. Da gilt es zusammen zuhalten und den Mut nicht zu verlieren, Analysen sind dringend nötig und Korrekturen auf allen Ebenen. Aber wir haben am 1. Mai auch angestoßen, viel gelacht und diskutiert.

Angelika Linke, Ludwigsfelde



Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 8. Mai

Auszüge aus der Rede von Tom Siedenbergs in Jüterbog

Der Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war der Beginn eines beispiellosen Vernichtungs- und Eroberungsfeldzuges, der am Ende 27 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion das Leben kostete. Das deutsche Volk, das sich aus eigener Kraft nicht von seinen faschistischen Unterdrückern zu befreien vermocht hatte, schuldet diesem Völkerbündnis, in dem die Völker der Sowjetunion eine besonders gewichtige Rolle spielten, dauerhaften Dank. Es ist eine unfassbare Tragik, dass das Gedenken heute von einem Krieg überschattet wird, der auf einst sowjetischem und 1941 bis 1944 vom faschistischen Deutschland erobertem und mit unsäglichem Gewalt überzogenem Territorium stattfindet: einem Krieg, der 2014 in der Ukraine begann und am 24. Februar 2022 mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ein Ausmaß annahm, das die Menschen in der Ukraine nach 80 Jahren er-

neut unfassbarem Leid aussetzt und zudem den Keim eines langandauernden Konflikts in sich trägt. So treffen wir uns hier in dankbarem Gedenken und in großer Angst und Sorge zugleich. Wir verurteilen den Überfall, Putin begeht schwerste Kriegsverbrechen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine und wir fordern eine sofortige Beendigung des Krieges. Der Preis, den die Völker der Welt zur Zerschlagung des Hitler-Faschismus gezahlt haben, war unermesslich groß. Es erwuchs daraus 1945 die Gründung der UNO, der Vereinten Nationen, und mit ihr der Schwur, einen solchen Krieg nie wieder zuzulassen. Die Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 zeigten, was ein nächster Weltkrieg für die Menschheit bedeuten würde.

Wir sagen auch und gerade an diesem 8. Mai: Legt die Waffen nieder! Wir brauchen Frieden!



Gedenken in Jüterbog



Gedenken in Trebbin



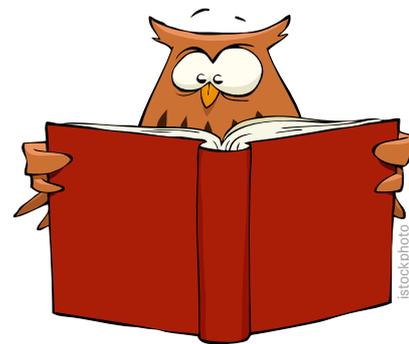
Ehrung in Ludwigsfelde



Gedenken in Großbeeren

Traditionell wurde in Großbeeren wie jedes Jahr am 19. April, dem Tag an dem 1945 das Lager befreit wurde, durch Vertreter*innen der Gemeinde und verschiedenen Parteien den Opfern des Faschismus gedacht. Es war ein stilles Erinnern an den drei Gedenkstätten. Im September wird dann wieder eine größere Veranstaltung zum Gedenken stattfinden.

LESEULE



Kurze Antworten auf große Fragen- Das Vermächtnis des Stephen Hawking

Warum gibt es uns Menschen überhaupt? Woher kommen wir? Wohin werden wir gehen ...? Mit diesen und vielen weiteren Fragen beschäftigte sich der brillante Physiker und Kosmologe Stephen Hawking in seinem Buch »Kurze Antworten auf große Fragen«. In seinem letzten und wohl persönlichsten Buch nimmt uns der unerschütterliche Optimist mit auf seine Reise durchs Universum und seine Weltanschauungen. Nicht nur die naturwissenschaftlichen Geheimnisse des Universums sind Inhalte seines Buches, sondern auch Fragen des menschlichen Lebens und die damit verbundenen Fortschritte und resultierende Folgen von Klimawandel bis hin zur künstlichen Intelligenz und die daraus möglichen Gefahren. Die Ur-Fragen der Menschheit, wie »Wo liegt unser Ursprung?« und »Wo liegt unsere Zukunft?« sind die Kernpunkte des Buches. Es ist zugleich eine Mahnung und ein Appell an politische Machthaber*innen und jeden Einzelnen von uns, unseren bedrohten Heimatplaneten besser zu schätzen und zu schützen. Stephen Hawking (1942–2018) war ein britischer theoretischer (Astro-) Physiker. Ende der 1970er Jahre bis 2009 war er Inhaber des Lucasian Chair of Mathematics an der Universität Cambridge. Zu seinen bedeutendsten Arbeiten im Bereich der Kosmologie zählen die allgemeine Relativitätstheorie und die Theorie der Schwarzen Löcher. Seit 1963 litt Hawking an der Erkrankung ALS, welche sein motorisches Nervensystem stark beeinflusste und ihn einige Jahre später in den Rollstuhl zwang. Nach einer schwerwiegenden Lungenentzündung verlor er die Fähigkeit zu sprechen und nutzte seither einen Sprachcomputer zur verbalen Kommunikation. Seine Werke waren und bleiben Bereicherungen für diese Welt.

Svenja Lübbert, Ludwigsfelde



Stephen Hawking
Kurze Antworten auf große Fragen
Gebunden, 256 Seiten,
Klett-Cotta, 20,00 Euro
ISBN 978-3-8419-0807-0



8. FrühLINKSempfang der LINKEN Teltow-Fläming in Blankenfelde-Mahlow

»Endlich wieder einmal unter anderen Genossinnen und Genossen!« So oder so ähnlich lässt sich kurz und knapp der 8. FrühLINKSempfang der LINKEN Teltow-Fläming zusammenfassen.

Dieses Mal luden Kreisvorstand und Kreistagsfraktion in die Begegnungsstätte »Regina Wach« der Volkssolidarität nach Blankenfelde-Mahlow ein. Benannt wurde das Objekt nach unserer langjährigen Genossin Regina Wach, die von Beginn an die Volkssolidarität in Blankenfelde-Mahlow als Vorsitzende maßgeblich gestaltete. Und leider im letzten Jahr viel zu früh von uns gegangen ist. Also ein mehr als würdiger Ort für unseren diesjährigen Empfang. Mittlerweile traditionell verbinden wir dieses Treffen auch mit dem Dank an unsere ehrenamtlichen Zeitungsverteilenden des *Linksblick*. Ebenso werden unsere neu eingetretenen Mitglieder des zurücklie-

genden Jahres eingeladen. Gefolgt sind der Einladung 20 Gäste.

Begrüßt und eröffnet wurde das Ganze von Felix Thier, Vorsitzender unseres Kreisverbandes. Anke Scholz begrüßte als Mitglied der Kreistagsfraktion in deren Namen und natürlich auch als Gemeindevertreterin von Blankenfelde-Mahlow. Sie war es auch, die kurz zur Geschichte des Hauses informierte. Mit Isabelle Vandré konnten wir ferner unser LINKEN-Landtagsmitglied der Region bei uns begrüßen. Sie berichtete aus der aktuellen Landespolitik.

Bei politischen Gesprächen zum Zustand unserer Partei und der allgemeinen Weltlage gab es angeregte Diskussionen – auf Vieles wussten wir uns keine Antwort. Aber sich darüber auszutauschen, tat ungemein gut!

Felix Thier, Vorsitzender

Isabelle Vandré zu Gast in Ludwigsfelde

Isabelle Vandré war am 27.4.2022 zum Wahlkreisstag in Ludwigsfelde und besuchte unter anderem den »Ludwig«, eine Begegnungsstätte für Flüchtlinge und Einheimische, und das JUZ (Jugendzentrum). In den Gesprächen wurden viele Themen angesprochen, die auch der LINKEN am Herzen liegen. Bei aller Freude über die schnelle Hilfsbereitschaft für Geflüchtete aus der Ukraine, muss auch die Frage gestattet sein, warum diese großherzige Hilfsbereitschaft, unter anderem schnelle Wohnungssuche, private Unterbringung

etc. bei anderen Geflüchteten, die auch heute noch übers Mittelmeer kommen, nicht oder nicht mehr vorhanden ist.

Im JUZ kam Isabelle ins Gespräch mit den Betreuer*innen und Jugendlichen vor Ort. Themen waren der Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie, so nach dem Motto als erstes in den Lockdown rein und als letztes wieder heraus. Auch der von Bürgermeister Igel (SPD) neu geplante Standort im Industrie- und Gewerbegebiet wird von den Jugendlichen kritisch

Politfrühstück in Blankenfelde-Mahlow

Mit einem »spätem« Frühstück, auch bedingt durch die Pandemie, trafen sich 15 politisch Interessierte und Aktive LINKE am 21. Mai in Räumen der Volkssolidarität in Blankenfelde-Mahlow.

Aktuell ist es eine unruhige Zeit, geprägt auch vom Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die Situation innerhalb der LINKEN. Dazu diskutierte unser Kreisgeschäftsführer der LINKEN Teltow-Fläming, Tobias Lübbert, mit uns. Wir wollten uns zuhören und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Eine Frage stellte sich hier schon: Beschäftigen wir uns zu viel mit uns selbst? Welche Wirkung hat das nach außen? Wie geht es weiter mit der LINKEN? Der innerparteiliche Streit muss ein Ende haben! Wir baten unsere Bundesparteitagsdelegierte, Angelika Tepper, die Stimmung und Themen unserer Diskussion mit in die Vorbereitung des Bundesparteitages zu nehmen.

Wir sprachen über die Öffentlichkeitsarbeit, nicht nur in der Kommune. Wir müssen als LINKE wieder mehr Gesicht zeigen. Es finden viele tolle Veranstaltungen in der Gemeinde statt. So am 10. Juni mit »Blankenfelde-Mahlow verzaubert« am Mahlower See oder 100 Jahre Feuerwehr am 28. August. Alles

Chancen, um mit Bürger*innen wieder mehr ins Gespräch zu kommen und mehr Menschen zu erreichen. Unsere Termine und Informationen oder Berichte aus den Gremien müssen wir mehr in den sozialen Medien sowie den Wocheninfo-Zeitungen öffentlich machen. Wir sind Kümmerer*innen und wir sind die, die zu sozialen Themen – und nicht nur darüber – aufklären können. Die Probleme liegen auf der Straße, gestiegene Lebenshaltungskosten zum Beispiel. Was steckt hinter der Teuerung? Wer trägt letztlich die Kosten? Vor uns steht die Umsetzung unseres Wahlprogramms, die Verbesserung der Arbeit in den Strukturen, aktive Mitgliederarbeit. Wir müssen uns um Vernetzung kümmern und Kräfte bündeln, mit der Jugend Kontakt aufnehmen. Die vorgestellte Idee einer Organisationsgruppe für Veranstaltungen, um diese zentral zu planen, ist eine guter Ansatz des Kreisvorstandes.

Anke Scholz, Blankenfelde-Mahlow



beurteilt und sie fühlen sich aus der Stadt verdrängt. Besonders ironisch hierbei ist, dass der Bürgermeister noch im letzten Jahr in einem Film der Jugendlichen zum Skatepark betonte, wie wichtig es ist, Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene im Zentrum der Stadt zu haben.

Im Anschluss war Isabelle noch in der Geschäftsstelle Ludwigsfelde. In aktiver Runde wurde sie zwei Stunden zu aktuellen Themen befragt, wie Sexismus in der Partei, Umgang mit ukrainischen Geflüchteten, die Kita-Politik und Verkehrsstrukturpolitik. Im

Anschluss fand noch eine Diskussionsrunde statt, samt möglicher Vorschläge für den Landtag, die Isabelle dort einbringen könnte.

Svenja Lübbert, Ludwigsfelde



Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat in einer Publikation die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zum Wähler*innenpotenzial der LINKEN herausgegeben. Der Autor der Studie mit dem Titel »Eine Partei mit Zukunft« ist Mario Candeias. Die Ergebnisse wurden in einer Online-Veranstaltung am 24.5.2022 vorgestellt.

Eine kurze Zusammenfassung:

1. Das Potenzial der LINKEN liegt noch immer bei 18 Prozent, also fast einem Fünftel der Wahlberechtigten. Das entspräche etwa 10,8 Millionen Wahlberechtigten, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen – und dies nicht nur in Städten und im urbanen Raum, sondern auch in kleineren Orten mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen. Ihr höchstes Potenzial hat DIE LINKE weiter bei Personen mit niedrigem Einkommen: Leben sie in Haushalten mit einem Nettomonatseinkommen bis 1.500 Euro, sind es 22 Prozent, bei Haushalten mit einem Einkommen bis 2.500 Euro sind es 24 Prozent.

2. Ausschlaggebend für eine mögliche Wahl der LINKEN sind die folgenden Zuschreibungen: das »hohe soziale Engagement« der Partei und ihr »Einsatz für soziale Gerechtigkeit« (31 Prozent). Ein weiterer wichtiger Grund für die Wahl (mit einigem Abstand zum sozialen Engagement) sind »gute Konzepte«. »Gute Politiker*innen« folgt erst auf Platz drei. DIE LINKE gilt also weiterhin als eine Partei der (sozialen) Praxis und wird für ihre spezifische programmatische Ausrichtung geschätzt.

3. Maßnahmen zur Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland betrachten potenzielle Wähler*innen der LINKEN (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen) auffällig häufig als eher wichtig oder sehr wichtig.

4. Fast ebenso wichtig sind potenziellen Wähler*innen der LINKEN

Maßnahmen zum Schutz des Klimas in Verbindung mit einem sozialen Ausgleich. Am stärksten werden solche sozial-ökologischen Forderungen erneut von Geringverdiener*innen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von bis zu 1.500 Euro befürwortet. Es ist also nicht so, dass die sozial-ökologische Transformation eine Frage der urbanen Mittelschichten mit guten Einkommen (sog. Besserverdienende) wäre, sondern eine Klassenfrage, die von den Ärmsten auch als solche betrachtet wird. Debatten, Forderungen, Programmpunkte und Projekte, die die ökologische mit der sozialen Frage verbinden, können also potenziell mehr leisten, um Wähler*innen zu binden.

Eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der potenziellen Wähler*innen der LINKEN wünscht sich demnach von der Partei, sie solle Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz als gleichrangige Herausforderungen behandeln (und dies unabhängig von der Größe ihres Wohnorts). Der Forderung, angesichts der ökologischen Krise der Klimapolitik einen Vorrang einzuräumen, stimmten nur acht Prozent zu (mit 19 Prozent sind es vor allem die 50- bis 59-Jährigen, die dies befürworten, sowie mit 21 Prozent diejenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro). 24 Prozent wünschen sich von der Partei, sie solle sich vor allem für soziale Reformen einsetzen. Es spricht also viel dafür, systematischer an der Entwicklung und Darstellung verbindender Positionen zu arbeiten. Maßnahmen gegen den Klimawandel werden stärker von denjenigen unterstützt, die Gewerkschaften angehören. Der Position, die Partei solle Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz gleichrangig voranbringen, also das Soziale und das Ökologische systematisch miteinander verbinden, stimmten

Gewerkschaftsmitglieder mit 65 Prozent zu (gegenüber 60 Prozent der Nicht-Mitglieder).

5. Dass DIE LINKE für mehr Sozialismus eintreten soll, dem stimmen 54 Prozent der potenziellen Wähler*innen zu, und dies quer zu den Einkommensklassen. Vor allem Frauen unterstützen diese Ausrichtung mit 63 Prozent. Je jünger die Befragten sind, desto häufiger stimmen sie dieser Forderung zu (bei den U40: 71 Prozent). Dass DIE LINKE stärker für eine Alternative zum Kapitalismus eintreten soll, dafür sprechen sich Gewerkschafter*innen mit 76 Prozent viel deutlicher aus als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder. Bei der Forderung nach mehr Sozialismus ist das Verhältnis 62 zu 53 Prozent. Fazit: Es ist also durchaus ein stabiles Potenzial für eine sozial-ökologisch ausgerichtete linke Partei mit sozialistischer Perspektive vorhanden, entsprechende Konzepte und Kampagnen vorausgesetzt. Die Ausschöpfung dieses Potenzials gelingt bisher nicht. Damit dies möglich wird, müssen zunächst die parteiinternen Probleme gelöst und die harten internen Auseinandersetzungen befriedet werden. Nur so können Ausstrahlungskraft und Glaubwürdigkeit gemeinsam zurückgewonnen werden.



www.rosalux.de/publikation/id/46565/eine-partei-mit-zukunft-die-linke



Splitter von der Vorstellung der Studie

Beim sozialökologischen Wandel wünschen sich potenzielle Linkenwähler*innen einen deutlichen Ausbau und entgeltfreien ÖPNV sowie den Ausbau erneuerbarer Energien. Das größte Potenzial hat DIE LINKE bei Grünenwähler*innen. 35 Prozent von ihnen können sich vorstellen

künftig DIE LINKE zu wählen, bei den SPD-Wähler*innen und den Nichtwähler*innen können sich das 18 Prozent vorstellen.

Viele der potenziellen Wähler*innen denken auch, dass DIE LINKE nur zu alter Stärke zurückfinden kann, wenn ihre Positionen jeder-

zeit in den Vordergrund gestellt werden. Dazu sei es notwendig, die innerparteiliche Zerstrittenheit zu überwinden.

Tom Siedenberg, stellvertretender Kreisvorsitzender

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Bundesparteitag in Erfurt
24.6. bis 26.6.2022

Roter Treff

24.6.2022, 16–18 Uhr
Geschäftsstelle Jüterbog

Mitgliederversammlung OV Blankenfelde-Mahlow

24.6.2022, 17–19 Uhr
Begegnungsstätte »Regina Wach« der Volkssolidarität in Blankenfelde

Beratung Fraktion DIE LINKE/BV

SVV Luckenwalde
28.6.2022, 18.30 Uhr
»Goldene 33« in Luckenwalde

Landkreis-Tag der Landtagsfraktion in Teltow-Fläming

1.7.2022, ab 10 Uhr

Wahlkreis-Tag mit Isabelle Vandré

12.7.2022,
Jüterbog und Dahme/Mark

Beratung Redaktion LINKSBLICK

13.7.2022, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle
Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand

13.7.2022, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle
Luckenwalde

Tagesseminar zur Kommunalpolitik

16.7.2022, 10–15 Uhr
Geschäftsstelle Jüterbog

22. Zuckertütenfest

13.8.2022,
14.30–17.30 Uhr
Schloßpark Jüterbog



Vorstandstreffen TGL

15.8.2022, 18 Uhr
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@
dielinke-teltow-flaeming.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

Spendenkonto »Ukraine«

MBS
DE15 160500001000750643
Stichwort: UKRAINE

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-tf.de
Redaktionsschluss: 25. Mai 2022
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.700, Juni 2022
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.



Premiere: DIE LINKE lud zum Kinderfest

Am 4.6.2022 fand in Ludwigsfelde das erste Kinderfest der LINKEN statt. Niemand von uns hätte vorher mit einem solchen Andrang gerechnet, wie er sich dann tatsächlich ereignete. Nach zwei Jahren Corona schienen die Menschen nach Festen geradezu zu lechzen. So kamen insgesamt ca. 600 Menschen zu unserer Veranstaltung. Zuvor wurde bereits der Film »Lolek und Boleks große Reise« im Klubhauskino von uns gezeigt. Bei Kinderschminken, Feuerwehrauto, DLRG, Hundestaffel, Hüpfburg, Riesenjenga, Bubbleball-Arena, Tischkicker, Kuchen-, Bücher- und Grillstand leuchteten viele Kinderaugen und gab es eine Menge interessanter kurzer und längerer Gespräche.

Auch der Stand der Linksjugend [solid] Teltow-Fläming und von DIE LINKE, an dem es kostenloses Popcorn und Slush-Eis, sowie Infomaterial der Partei gab, war sehr gut frequentiert.

Als Gäste waren Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) und LINKEN-Landesvorsitzende Katharina Slanina vor Ort. Zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde gab unsere Landrätin den Besucher*innen einen Einblick in die künftigen und aktuellen Planungen des Landkreises für Familien und Kinder.

Eigentlich sollte auch Katharina Slanina ein paar Grußworte an die Besucher*innen richten, jedoch hat sie aktiv am Grillstand mitgeholfen und so viel mehr Gespräche mit den Gästen des Festes führen können, als über ein Begrüßungswort. Nicht zu vergessen, dass sie uns mit ihrer tatkräftigen Unterstützung auch sehr geholfen hat. Wir möchten uns an dieser Stelle nochmals herzlichst bei unseren freiwilligen Helfer*innen und der Feuerwehr Ludwigsfelde, der DLRG und den Ludwigsfelder Weihnachtsgewandlern bedanken, die unser Fest mit ihren Angeboten noch attraktiver machten und viele interessante Einblicke in ihre Arbeit und Fahrzeuge geben konnten. Alles in allem war dieses erste Kinderfest ein voller Erfolg! Die Kinder hatten alle sichtlich viel Spaß und

auch die Eltern ließen sich mit Kuchen und Bratwurst oder am Tischkicker zusammen mit den Kindern begeistern. Und klar, wir werden im kommenden Jahr die zweite Auflage stattfinden lassen. Dafür kann sich jeder schon einmal den 3.6.2023 vormerken!

Tobias Lübbert,
Kreisesgeschäftsführer

Vormerken:

